



**Baris Keles:**  
Mit 13 nach  
Wien  
gekommen,  
mit 18 in ein  
kleines Dorf  
in der Türkei  
abgeschoben.  
Er wurde  
zum  
Symbolfall  
für  
sogenannte  
papierlose  
Jugendliche,  
seine  
plötzliche  
Abschiebung  
hatte  
zahlreiche  
Protest-  
aktionen von  
Jugend-  
arbeitern  
ausgelöst.

Foto: Linsinger

## Ein Visum für „Symbolfall“ Baris

Mit 18 abgeschoben: Nun soll dem Jugendlichen „Privataufenthalt“ erlaubt werden

Eva Linsinger

**Wien** – Er war österreichischer Fußballmeister in der Schülerliga, er spricht perfekt Wienerisch. Seit Mitte Jänner hat ihm das wenig genutzt: Damals war der 18jährige in der U-Bahn-Station Landstraße in eine Routinekontrolle geraten. Eine Woche später war er bereits in Mahmutlu, einem kleinen Dorf in der Türkei. Abgeschoben.

Normalerweise werden Abgeschobene vergessen. Bei Baris Keles war das anders: Er ist für Wiens Jugendarbeiter zu einem „Symbolfall“ geworden

– für „papierlose Jugendliche“. Für Jugendliche, die ohne eigene Schuld illegalisiert wurden. Wie Baris, der als 13jähriger von seinem Onkel (und Vormund) mit nach Wien genommen wurde, mit einem Touristenvisum. Das hat Baris aber erst bemerkt, als die Probleme anfangen.

Als er immer wieder Anträge auf eine Aufenthaltsgenehmigung stellte, um sein Bleiben in Wien zu legalisieren, die Anträge aber abgelehnt wurden – in allen Instanzen. Eben weil er mit einem Touristenvisum eingereist war. Einmal illegal, im-

mer illegal. Dennoch durfte Baris in Wien zur Schule gehen, mußte nur immer wieder Strafe zahlen wegen seines Aufenthaltsstatus.

Nach der Schule war es mit der Duldung allerdings vorbei: Ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitsgenehmigung – und umgekehrt. Und irgendwann wurde Baris dann erwischt. Und abgeschoben.

### Unterschriftenaktion

Seine Freunde vom Jugendzentrum haben dagegen protestiert, Unterschriften gesammelt und Benefiz-Veranstaltungen organisiert. DER STANDARD hat Baris im kleinen türkischen Dorf besucht. Die Jugendarbeiter haben für Baris getrommelt.

Und die Wiener Integrationsstadträtin Renate Brauner (SPÖ) hat nach einer Lösung gesucht, den „integrier-

ten Jugendlichen“ wieder nach Wien zu holen. Das scheint nun gelungen: Baris soll vorerst ein Visum für einen „Privataufenthalt“ bekommen – finanziell abgesichert durch seinen Onkel und ein Spargeld, auf dem das Geld der zahlreichen Benefizveranstaltungen für ihn eingezahlt wurde. Wenn er dann einmal da ist, muß er darauf warten, bis das Sozialministerium ihm eine Arbeitsbewilligung erteilt.

Diesen Freitag hat Baris Keles in Ankara den Antrag auf Einreise nach Österreich gestellt. Und Bülent Öztöplü, der Obmann des Wiener Vereins „Echo“, der sich so für Baris eingesetzt hat, hofft, daß dieser Antrag bald positiv erledigt wird. Und das Engagement und der Einsatz der Jugendlichen sich gelohnt hat. Für Baris.

## Zwei Ausländer luden zur ungewöhnlichen Stadtführung „Wien illegalisiert“

# Vom Bankomaten über Notquartier bis zur U-Bahnstation

**Naser flüchtet 1992 aus dem Kosovo. Asyl erhielt er vor zwei Jahren. Davor war er ein „Illegaler“. Grace wurde nach elf Jahren in Wien illegalisiert, da sie Beide zeigten am Dienstag „Ihr Wien“.**  
**Von Kerstin Scheller.**

Es sind nicht unbedingt die Orte, die ein Ausländer aufsucht, wenn er Wien besucht. Am Westbahnhof kommt der Bankomat wohl noch am ehesten in Frage. Jedenfalls stehen viele Reisende mit Rucksäcken oder Koffern vor dem Automaten, um Schillinge abzurufen. Auch Naser kam 1992 mit dem Zug nach Wien. Auch er hatte keine Schillinge, allerdings auch keine Kredit-

karte. Daraus sollte sich auch die nächsten Jahre nichts ändern. Denn Naser war ein „illegaler“ Ausländer aus dem Kosovo. Gemeinsam mit Grace lud er Dienstag zur Stadtführung „Wien illegalisiert“.

Erste Station war besagter Bankomat. Warum, erklärt Grace. Sie lebt zwar schon seit 10 Jahren in Wien, wurde aber 1993 illegal, weil die slowakische Staatsbürgerin eine Frist für eine Visums-Verlängerung versäumt habe. „In jenem Jahr wurden die Gesetze geändert“, erinnert sie sich. Seitdem kämpft sie um den erlaubten Aufenthalt in Wien. Denn derzeit habe sie keine Rechte, nicht einmal ein Bankkonto könne sie führen.

Naser hatte mehr Glück, er besitzt einen reichen Onkel in der Schweiz. Der fütterte das „U-Boot“ anfangs durch. Dieser Zustand dauerte fünf Jahre und acht Monate, bis 1997 sein Asylantrag durch alle Instanzen gegangen war und positiv entschieden wurde. Nach

Das Notquartier für „illegale“ evangelischen Flüchtlinge dientes in Wien. 120 Plätze gibt es in dem Haus in der Grimmgasse. 70 allein stehende Männer und fünf Familien leben derzeit dort.

Foto: Newswild

einem Monat in Österreich war er schon illegal geworden. Mit der erstinstanzlichen Ablehnung des Asylantrages flüchtete er aus der Bundesrepublik und wurde somit zum „U-Boot“, während eines laufenden Verfahrens ein Abschiebestopp und zugleich kein Anspruch mehr auf Unterstützung vom Staat besteht.

Zuerst schickten die Mitarbeiter vom Bahnsozialdienst der Wiener Caritas – zweite Station der Stadtführung – die Flüchtlinge aber in die Bundesbetreuung. „Wir geben ihnen ein Fahrkarte nach Traiskirchen und erklären ihnen, dass sie dort um Aufenthalt ansuchen sollten“, so einer der



Caritas-Mitarbeiter. Im vergangenen Jahr haben 12.000 Flüchtlinge in Österreich Asyl beantragt, erhalten haben es aber nur 412. Nicht selten sitzen einige von ihnen Wochen später wieder vor der Tür. Sie sind aus dem Lager der Bundesbetreuung hinausgelassen, wie einst auch Naser.

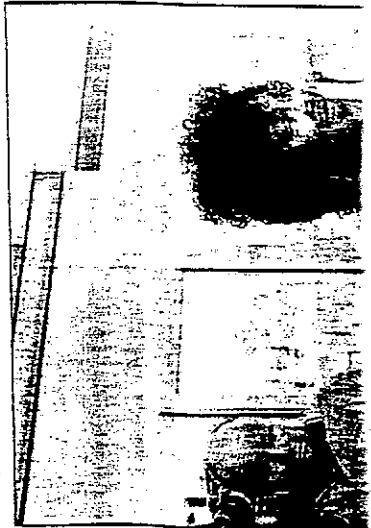
Damit stöhnen sie auf der Straße. Für 126 von ihnen hat der Evangelische Flüchtlingsdienst in einem Haus in der Grimmgasse ein Notquartier – eine weitere Station der Stadtführung. Derzeit leben dort 70 allein stehende Männer und fünf Familien. Und warten, ob sie in Österreich bleiben können oder gehen müssen. Die

meisten müssen frolich gehen, 1998 wurden 10.422 wieder in ihre Heimatländer abgeschoben. Die Halbselbstkosten der Wartezeiten in der Grimmgasse stapeln sich in den Sechsbett-Zimmern auf Fensterbrettern (Schuhe) oder hängen über Ballen (T-Shirts und Jeans).

Hierhin kam Naser, wie er meint, „Zeit sei Dank nie“. Er hatte Freunde, die ihn aufgenommen haben und ihm auch Gelegenheitsjobs verschafften, als er noch illegaler war. „Somit werden auch unsere Freunde kriminalisiert“, meint Grace. Wenn sie Kontakte für Jugendprojekte entwirft, dürfte ihr Name nie auf-

stehen. Sie müsse immer im Hintergrund bleiben.

Mittlerweile fühle sie sich schon wie ein Mensch mittlerer Klasse, nicht zuletzt auch wegen ihrer Hautfarbe. Grace ist eine schwarze Slowakin. Erst neulich habe sie an einer Film-Haftstelle eine „schreckliche“ Zeichnung gesehen. „Ein Schwarzer, daneben ein Indenkopf und Drogen“, für Grace eine Begleiterscheinung der Rasse. „Operation-Spring“ der Polizei gegen Dealer von denen, viele aus Südafrika stammen sollten. Dies erzählt sie in einer Station der U-Bahn, zugleich der „Zugpunkt der illegalisierten Stadtführung“.



**AUSLÄNDER** Nach der Abschiebung eines in Österreich aufgewachsenen Jugendlichen fordern Ausländerbetreuer, Jugend- und Sozialarbeiter die Legalisierung von Kids, die ohne eigenes Verschulden zu Illegalen geworden sind. THOMAS ROTTENBERG und PATRIK VOLF

**B**ares Keles trug nur Pyjama und Handschuhe. Ohne Gepäck landete der 18-jährige am 15. Jänner 1999 in Ankara. Von dort mußte er sich in den kleinen Ort in Anatolien durchschlagen, den er vor fünf Jahren verlassen hatte.

1994: Bares' Eltern sind arm. Im Dorf gibt es keine Schule. Der Onkel arbeitet in Österreich. Bares soll zu ihm ziehen: Schule, Ausbildung, Zukunft. Mit einem Touristenvisum kommt der 13-jährige nach Wien. Versuche, seinen Status auf Dauer zu legalisieren, scheitern. Bares hat hier Arbeit, seine Freunde. Anfang Jänner wird er festgenommen. Als sich Freunde für ihn zu engagieren beginnen, wird er Hals über Kopf abgeschoben. Ein Einzelfall. „Man wird versuchen eine menschliche Lösung zu finden“, heißt es aus den Ämtern.

Angelika ist 19. Eltern hat sie nicht. Mit zwölf kam sie mit Pflegeeltern nach Österreich.

„Mein Status, damals? Keine Ahnung. Ich war ein Kind.“ Nach familiären Problemen kommt sie ins Heim: Die Stadt sorgt für sie

– der Staat ist zufrieden: Angelika darf hier sein. Mit 18 muß sie ausziehen. Dadurch wird sie illegal. „Ich kenne niemanden in Jugoslawien.“ Sie hat Angst, auf die Straße zu gehen. Ein Einzelfall. „Man wird versuchen eine menschliche Lösung zu finden.“

Ajvazi ist 17. Er kam mit zehn hierher. Seine Eltern leben hier. Für das Kind empfahlen die Behörden ein Touristenvisum. Ajvazi kennt niemanden in der Türkei. Ein Einzelfall. „Man wird versuchen ...“

Rako und Vladan sind Geschwister, 15 und 17. Die Eltern wohnen in Wien. Die Kinder kamen vor fünf Jahren nach. Touristenvisa ... Einzelfall. „... menschliche Lösung ...“ Ylmaz und Eyüp, Geschwister, Touristenvisa, Einzelfall. „Man wird ...“

Und so weiter. 40 Einzelfälle. Bülent Öztöplü, Thomas Tesar und Senol Akkiliç haben genug an der Hand: Jugendliche, aufgewachsen und sozialisiert in Wien, Familie, Arbeit und Freunde ebenda – und trotzdem illegal. Einzelfälle. „Einzelfälle ermü-

den“, erklärt Öztöplü. „und lenken vom grundsätzlichen Problem ab.“ Im Verein Echo – einer Initiative für Jugendliche der zweiten Generation – haben Öztöplü und Tesar täglich mit Einzelfällen zu tun. Genauso wie Akkiliç, Betreuer bei der Mobilen Jugendbetreuungsstelle Back on Stage. Tesar: „Der Alltag produziert täglich Einzelfälle.“

Das System ist simpel: Damit Kinder nicht ewig auf Quotenplätze warten müssen, wird Ausländern empfohlen,

länger zuschauen.“ Nicht zuletzt, weil Frust Integration unmöglich macht. Auch bei denen, die legal hier sind. „Die Kids sehen, wie ihre Freunde behandelt werden“, erklärt Öztöplü. „Sie erleben, daß Integration als Unterwerfung verstanden wird“, setzt Tesar fort. Für extremistische Gruppen sei das ein gefundenes Fressen. „Wenn nichts geschieht, können wir irgendwann einmal nicht mehr für eine gewaltfreie Szene garantieren“, warnt Öztöplü – und verweist auf die regelmäßig in den Banlieus, den



Abgeschobener Baris, gefährdete Angelika: „Einzelfälle lenken vom grundsätzlichen Problem ab“ / Fotos: C. Fischer, privat

sie als Touristen einreisen zu lassen. Aus Touristen wird rasch ein U-Boot. Trotz Schul- und Ausbildungsplatz, trotz vollständiger Integration. Die Kinder büßen für „Feiler“ ihrer Eltern.

Ein Leben im Untergrund drängt viele in die Kriminalität. Oder ins Mi-

Pariser Vororten, ausbrechenden Krawalle.

Doch für Öztöplü ist Frankreich nicht nur ein warnendes Beispiel. Paris 1997: Nach zahllosen Kirchenbesetzungen, Demonstrationen und Hungerstreiks der rund 200.000 „Sans Pa-

**Damit Kinder nicht ewig auf Quotenplätze warten müssen, wird Ausländern empfohlen, sie als Touristen einreisen zu lassen. Aus Touristen wird rasch ein U-Boot**

liers“ – illegale, Papierlose – ändert die Regierung Jospin die restriktiven Fremden Gesetze. Was folgte, war die größte Legalisierungskampagne der Geschichte. Tausende „immigrés“ konnten ihren Aufenthalt legalisieren. Alles Einzelfälle. 150.000.

In Österreich schirmt der Puffer Sozialarbeit die Regierenden von den Unzufriedenen ab. Mit „menschlichen Lösungen im Einzelfall“ können Stadträte und Minister Humanität demonstrieren. Es handle sich ja stets

Gabriele Langer. „Wir können nicht

brauen, man werde dann auch versuchen, „individual!“ zu helfen. Die Gesetze, so Brauner, wären im Prinzip in Ordnung. Fälle werde es – „leider“ – immer wieder geben. Eine Generalamnestie sei aber sicher nicht möglich.

Wie Brauner sieht auch Kari Schlögl die Gesetze. „Im Einzelfalle“, so der Innenminister, „können aber auch gelindere Mittel angewandt werden.“ In der neuen Zuwanderungsquote gäbe es schließlich 550 Plätze für Jugendliche, die schon vor dem 1.1.1998 in Österreich waren. Egal, ob legal oder illegal. Außerdem gäbe es den Integrationsbeirat im Innenministerium. Für Einzelfälle.

**W**ie viele dieser Einzelschicksale es tatsächlich gibt, ist nicht abschätzbar. Mehr als jene 40, die die „Sans Papiers“-Platt-

form auflührt, sind es in jedem Fall.

Dazu kommt, daß „Statustlosigkeit“ nicht allein ein Jugendproblem

ist. Im Gegenteil. Im dritten Bezirk am Modenapark in der Beratungsstelle für Migranten, stehen immer wieder Ausländer vor der Tür, die

als U-Boote im Land leben. Oft nachdem sie jahrelang legal hier waren. Chance

auf eine neue Aufenthaltsge-

nehmigung haben nur wenig

„Wer arbeitslos wurde oder etwa durch Scheidung – den Kontakt zum be-

schäftigten in Familie vertie-

dem fehlt je Möglichkeit a

Legalisierung“, erklärt Norbert Bichl, Berater am Modenapark. Auf Schuzugen, wie viele Ausländer in die Illegalität abstürzen, will sich Bichl nicht einlassen. Die Dunkelziffer ist hoch. „Da kann man nicht mehr v. Einzelfällen sprechen.“

Von Legalisierung oder Generalamnestie will Österreich nichts wissen. Der Begriff des „Illegalen“ ist bestet. Er steht für „kriminell“. Der Vorwurf, Kriminelle zu legalisieren, will sich kein Politiker aussetzen. Selbst wenn großangelegte Amnestien für U-Boote in den letzten drei Jahren europaweit an der Tagesordnung waren: Irland, Griechenland, die Niederlande, Portugal und Italien gaben zusammen beinahe einer Million Menschen neben Papieren auch eine Perspektive. Aber solche Vergleiche sind in Wirklichkeit nicht passend, me

Norbert Bichl. „In diesen Ländern ging es um Menschen, die schon illegale eingereist waren. Bei uns geht es um Menschen, die lange Zeit legal hier gelebt haben.“

...die ungläubige Idiotie", tobte Jugendgerichtspräsident Udo Jesionek. „die Strafdrohung für das Aufbrechen eines Kaugummiautomaten ist genauso hoch wie für das Bohren eines Tunnels in die Nationalbank.“ Dennoch: Die Exekutive ignorierte die Justiz. In Österreich ist so etwas legal.

### Junge, komm bald wieder ...

Verbannung ist furchtbar. Für einen 16jährigen ist sie nur Einsamkeit, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Angst und noch einmal Einsamkeit. Herbst und Winter verwandelten die sandige Dorfstraße in ein Schlammloch, in der auch Traktoren steckenblieben. Die Telefonleitung nach Wien brach immer wieder zusammen. „Einen zweiten Winter hätte ich nicht überstanden“, sagt Cevat heute – am 27. Oktober 1995 macht er sich auf den Weg. Nicht einfach „nach Wien“ – „nach Hause“. Den Eltern sagte er nichts: „Die hätten das nie erlaubt.“ Nach Rumänien kam er legal; Ein türkischer Paß, ein Visum. Die grüne Grenze nach Ungarn überquerte er zu Fuß, ein Linienbus brachte ihn nach Győr. Von dort ging es zu Fuß ins Burgenland. „Ohne Schlepper. Soldaten habe ich keine gesehen.“ Dann charterte Cevat ein Taxi, 200 Mark brachten ihn nach Margareten. Eine Woche nach der Abreise klopfte der verlorene Sohn an die Tür. „Es war ein Freitag, gegen 20 Uhr. Mein kleiner Bruder hat aufgemacht. Meine Mutter telefonierte gerade verzweifelt herum: Niemand wußte, wo ich war.“ Cevat stockt und schluckt, wenn er an das Wiedersehen denkt.

### Zurück zur Normalität?

Drei Wochen Ausspannen. Danach suchte Cevat einen Job. „Mein Befreiungsschein war bis 1998 gültig.“ Zwei Monate arbeitet er – angemeldet und versichert – im Zentrallager von Billia in Wiener Neudorf. „Ohne Auto war das nicht zu machen.“ Danach kamen 17 Monate bei einer Spedition in Margareten. Ganz legal. Beinahe wie ein normaler 20jähriger: Arbeiten, ausgehen, Freunde. Der Unterschied bleibt im Kopf. „Auf Dauer macht dich das wahnsinnig: Du kannst keinen Führerschein machen, keine Wohnung mieten und keine Familie gründen. Ständig ist da die Angst, daß sie dich eines Tages holen.“ Mädchen waren weg, sobald Cevat erzählte, daß er illegal im Lande sei. „Sie haben geglaubt, ich will eine Scheinehe, oder sie sahen keine Zukunft, Familienmäßig.“

Im Frühjahr 1998 liegt ein blauer Brief des Jugendgerichtes im Briefkasten der Familie Savran. Der Traum von Normalität ist vorbei: Das Gericht forderte den jungen Mann auf, seine 1993 ausgesetzte Strafe anzutreten. Für die Jugendgerichtsbarkeit ist Cevat Savran ein Delinquent, dessen Gefängnisstrafe wegen eines Suchtgiftdeliktes ausgesetzt wurde, um dem Jugendlichen die Chance zu geben, durch den Lehrabschluß die eigene Resozialisierbarkeit unter Beweis zu stellen. Genommen wurde ihm diese Chance aber von einer anderen Behörde: die ihre Maßnahmen mit der Justiz nicht akkordiert. In den Unter-

ragen des Jugendgerichtes existierte immer noch ein Cevat Savran, dessen Akt irgendwann mit dem Vermerk: „Lehre erfolgreich beendet“ geschlossen werden hätte können. Daß Cevat seine Lehrstelle in Wien von Deniz Koyu aus eher kaum besuchen konnte, steht nicht im Akt. Nur daß die Lehre nicht beendet wurde: Sogar wenn Cevat in der Türkei geblieben wäre, hätte die Polizei in Österreich nach ihm gefahndet – die Behörden arbeiten nicht zusammen.

Eines Tages, im August 1998, wurde Cevat in der Firma ans Telefon gerufen, aus der elterlichen Wohnung war er sicherheitshalber ausgezogen. „Herr Savran?“ „Ja?“ – dann war die Leitung tot. „Ich hatte schon lange so ein komisches Gefühl. Aber ich wollte nicht weglassen. Das kann doch nicht ewig so gehen.“ Am 23. August holten zwei Kriminalbeamte Cevat ab. „Ich habe mich schrecklich geschämt, als sie mich mit Handschellen vor allen Kollegen abgeführt haben.“ Gefunden, erzählt ihm einer der Polizisten, hätten sie den Illegalen, weil er sich gesetzeskonform verhalten hat: Es ist ein Fahndungsroutineschritt, bei der Krankenkasse nachzufragen, ob ein Gesuchter irgendwo angemeldet ist. „Die haben mich für blöd gehalten, weil ich einen legalen Job genommen habe.“

### Wieder im Gefängnis

Sechs Monate. Sechs Monate sollte der beinahe 21jährige absitzen. Für ein Delikt, das er mit 14 begangen hat und das ihn schon fünf Jahre gekostet hat. Kurz nach seiner Einlieferung holt ihn die Fremdenpolizei. „Die waren fassungslos, daß ich hier legal arbeiten konnte.“ Cevat möge sich darauf einstellen, in die Türkei abgeschoben zu werden, teilen sie ihm mit – und fragen nach dem Entlassungstermin. „Ich habe gesagt, daß ich am 24. Februar rauskommen soll.“ Mit dem Gefängnis kam die Angst wieder. Denn in der Zwischenzeit wird der türkische Staatsbürger Cevat Savran auch von der türkischen Polizei gesucht: Die Wehrpflicht dauert am Bosphorus 18 Monate – Krieg gegen kurdische Freischärler inbegriffen. Wer im Ausland lebt, kann sich für 10.000 Mark freikaufen. Wie die meisten Türken der zweiten Generation hat auch Cevat für die Abschlagszahlung gespart – am Konsulat wollte man neben Geld auch die Aufenthaltserlaubnis sehen ...

„Wenn ich in die Türkei einreise, werde ich am Flughafen kassiert.“ Weil die türkischen Behörden routinemäßig den Wehrpflichtcheck durchführen. „Dann wäre alles aus.“ Im Gefängnis beschließt Cevat zu kämpfen. „Ich hatte nichts mehr zu verlieren.“ Über einen Mithäftling findet er die Rechtsanwaltskanzlei von Richard Söyer und

Wilfried Embacher – und kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Das Fremdenrecht war geändert worden: „Fremde, die von klein auf im Inland aufgewachsen und hier langjährig rechtmäßig niedergelassen sind, dürfen nicht ausgewiesen werden“, steht seit 1997 unter Paragraph 35 des Fremdenrechts. In Paragraph 38 wird dies noch einmal bestätigt. Aufenthaltsverbote, die vor der Einführung dieser Paragraphen verhängt wurden, steht bei Paragraph 114, sind „aufzuheben, wenn sie nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes nicht erlassen hätten werden können.“ Und Paragraph 16 besagt, daß ein „Aufenthaltsittel wieder aufliebt“, wenn das Aufenthaltsverbot auf diese Art aufgehoben wird. Lex Cevat? Ja, aber.

### Kafka grüßt Cevat

Alles wird gut. Zumindest scheint es so. Cevat hat Glück: Nicht die Wehrnachts-, sondern die „1000 Jahre Öster-

„Die lesen da etwas aus dem Gesetz heraus, was eindeutig nicht drinnen steht“, empört sich Anwalt Wilfried Embacher. Und sogar der Leiter des Fremdenpolizeilichen Büros, Stefan Stortecy, gibt zu, daß die Schlußfolgerung, Cevat dürfe legal in Österreich leben, „richtig, konsequent und logisch“ ist, wenn man diese Argumentationslinie verfolgt. Allerdings vertrete das Innenministerium eine andere Rechtsmeinung. Immerhin stehe in Paragraph 35 auch, daß der vor Abschiebung zu schützende Ausländer „zu- letzt seit mindestens drei Jahren hier niedergelassen“ sein müsse. Und da sei Cevat Savran aufgrund seiner Ausweisung 1994 offensichtlich nicht. Die Frage, ob der Passus über das Aufheben von Aufenthaltsverboten, die nach heutiger Gesetzeslage nicht erlassen hätten werden können, sinngemäß anzuwenden sei, sei weder un menschlich, noch logisch zu entscheiden. Man müsse auf die Entscheidung der Höchstinstanz warten, denn Cevat ist kein Einzelfall. Zumindest ein derartiger Fall ist beim Verwaltungsgerichtshof bereits anhängig. „Ich bin“, gibt Stortecy zu, „sehr gespannt, wie der entscheidend wird.“

Einstweilen zuckt er bedauernd die Schultern, könne er aber nur so entscheiden, wie seine Behörde. Cevat am 5. Dezember mitteilte: Cevat Savran wies aus Österreich ausgewiesen. Einer Berufung gegen diesen Bescheid konnte keine aufschiebende Wirkung zu. Cevat Savran hat das Bundesgebiet sofort verlassen.

Wie zum Hohn vermerkt die Behörde in der Begründung: „Ihre gesamte Familie lebt im Bundesgebiet, sind starke familiäre Verbindungen erkennbar.“ Artikel 8 der europäischen Menschenrechtskonvention steht: „Jedermann hat Anspruch auf Achtung seiner Privat- und Familienlebens.“

„Diese Problematik, die eine von mehreren, bei denen sich zeigt, daß das Ziel des Fremdengesetzes 1997, Integration statt Neuzuwanderung, ein leer Schlagwort ist“, meint Anwalt Embacher, „weil das vom Minister stolz verkündete Ergebnis Nullquote nur möglich ist, wenn Leute wie Cevat Savran als Abwanderer zu dieser Quote beitragen.“

### Epilog

Der Chef der Firma, für die Cevat 7 1/2 Jahre gearbeitet hat, meint, Cevat sei einmal vorbeischauen. Cevat hat ein bis 2003 gültigen Befreiungsschein. Die meiste Zeit geht er spazieren. Die Haft, meint er, sei okay gewesen; „D“ waren ja keine Bagatelldelikt. Manchmal wird es ihm zuviel. „Danke ich mir, ich steige auf ein Baukran und komme erst runter, wenn mir wer sagt, daß ich endlich wie ein Mensch leben darf.“

## 1000 Jahre Einsamkeit

Thomas Rotzberg über strafrechtlich gewordene Gastarbeiter.

Ein Artikel des Österreichischen Rechtsanwalts Wilfried Embacher über die Ausweisung von Cevat Savran. Ein Foto zeigt Cevat Savran in der Türkei.

Die Ausweisung von Cevat Savran ist ein Beispiel für die Härten des Fremdenrechts. Cevat Savran ist ein türkischer Gastarbeiter, der in Österreich seit Jahren rechtmäßig niedergelassen ist. Aufgrund eines Suchtgiftdeliktes wurde er 1993 ausgewiesen. Er hat sich seitdem in der Türkei aufgehalten und versucht, seine Familie zu unterstützen. Die österreichische Regierung hat ihn jedoch wieder ausgewiesen, was zu erheblichen Schwierigkeiten für ihn und seine Familie führt.

### profil-Reportage im Juli 1994: „Noch einen Winter hätte ich das nicht durchgestanden“

reich“-Amnestie gilt für ihn: Am 23. November ruft er von einer Telefonzelle aus seine Mutter an. „Sie hat gesagt: Geh zurück, du kannst doch nicht aus dem Gefängnis weglaufen, das macht alles noch schlimmer.“ Die Fremdenpolizei freilich erfährt von der Justiz nicht, daß Cevat nicht mehr sitzt.

Dafür erhält Savrans Anwalt Wilfried Embacher Post. Schon am 6. November erreicht ihn der Bescheid, daß das Aufenthaltsverbot gemäß Paragraph 114 aufgehoben wird. Doch der Jubel dauert nur bis zur nächsten Seite: Dort informiert das Fremdenpolizeiliche Büro der Bundespolizeidirektion Wien Cevat Savran über die „beabsichtigte Erlassung eines Ausweisungsbescheides“. Als Begründung führt die Behörde an, daß sich Cevat illegal in Österreich aufhalte – obwohl derselbe Referent gleichzeitig die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes bestätigt.

**Mediale Darstellung und Realität einer Abschiebung aus der Sicht eines zuständigen Beamten: Willfried Kovarnik wehrt sich gegen „einseitige Berichterstattung“.**

In kaum einem Verwaltungsbereich spürt der öffentlich Bedienstete seine Ohnmacht so stark wie im Bereich der Fremdenpolizei. Er kann sich noch so sehr bemühen, die Gesetze gerecht und menschlich zu vollziehen, veröffentlicht wird nach der Devise „bad news are good news“.

Einzelfälle werden in der Darstellung der Betroffenen oder nach Schilderungen von übereifrigen NGO-Aktivistinnen wiedergegeben. Betroffene und die sie unterstützenden Aktivistinnen können frei formulieren, während der Beamte an seinem Dienstesid gebunden ist und daher seinen Aufschrei „bitte, das stimmt ja alles nicht!“ unterdrücken muß.

So lesen wir in den letzten Monaten permanent von der steigenden Zahl von Kindern/Minderjährigen, die sich angeblich in Schubhaft befinden. Tatsächlich stellt der Fremdenpolizist nur eine steigende Zahl von ungefähr 18- bis 25jährigen fest, die (zumindest gegenüber der Behörde) angeben, keine Dokumente zu haben und behaupten, unter 18 Jahre alt zu sein.

Grund ist, daß das Fremdengesetz seit Jänner 1998 eine bevorzugte Behandlung für Minderjährige und nur in besonders krassen Fällen die Schubhaft vorsieht. Mit der Vorgabe der Minderjährigkeit hoffen die Festgenommenen (oft erfolgreich), der Schubhaft zu entgehen. Daß in dem Zusammenhang die Begriffe illegaler Einwanderer, Asylwerber und Flüchtling - nicht ganz zufällig - verwechselt werden, wird kaum registriert.

### Symbolfall für „Papierlose“?

In den letzten Wochen ging der Fall eines türkischen Minderjährigen durch die Medien. Der Leser mußte den Eindruck gewinnen, daß ein junger Mensch, der nur durch Zufall keine Aufenthaltsberechtigung für Österreich besaß, in einer Nacht- und Nebelaktion in die für ihn fremde Türkei



Stets bemüht, die Gesetze „unter dem Blickwinkel der Humanität“ zu vollziehen: Willfried Kovarnik  
Foto: Urban

### KOMMENTAR DER ANDEREN

abgeschoben worden sei. Ein Wochenblatt hebt fett hervor: „Seit zwei Wochen ist der 18jährige B. wieder dort, wo er herkommt“. Auch wenn er dort nie gelebt hat.“ Daß er 13 Jahre alt im Haus seines Vaters aufwuchs, zählt offenbar nicht.

Abgeschoben wurde er in jener Straßenkleidung, mit der er bei einer Kontrolle am Bahnhof Wien-Mitte aufgegriffen wurde. Trotz dem lesen wir in mehreren Blättern, er sei im Pyjama abgeschoben worden. Auch der STANDARD schreibt: „Er war im Pyjama... zu eilig hatten es die Behörden, ihn in die Türkei abzuschicken.“ Laut STANDARD wird B. nun zum Symbolfall für „Papierlose“.

Wie hat der Fremdenpolizist den Fall aber tatsächlich erlebt? Ich versuche mich kurz zu halten:

1984 reiste B. als Tourist ins Bundesgebiet ein, nahm bei seinem Onkel Quartier und wurde als knapp 14jähriger zum Schulbesuch in einer Wiener Hauptschule angemeldet. Daß die Schulbehörde zwar Meldezettel und Geburtschein, aber nicht die Aufenthaltsberechtigung überprüft, ist ein seit Jahren unbefriedigendes Faktum. →

niemanden aus einem Schuljahr (auch bei Illegalität) herauszureißen, wurden wiederum keine Zwangsmaßnahmen gesetzt.

Bei einer Erhebung im Herbst 1997 mußte festgestellt werden, daß B. trotz der vielen Vorgespräche weiter rechtswidrig im Bundesgebiet aufhältig blieb, und es wurde eine zweite Geldstrafe verhängt. Ab Herbst 1997 war B. auch anwaltlich vertreten. Da auch im Jahr 1998 Ladung und (neuerliche) schriftliche Belehrung bei B. keine Wirkung zeigten, wurde im September 1998 der Ausweisungsbescheid erlassen.

### Jawohl, ein Symbolfall!

Leider erfüllte sich die Hoffnung der Fremdenpolizei, daß B. und sein Vormund nun endlich den Ernst der Lage erkennen würden, nicht, und so mußte er, nachdem er im Jänner 1999 bei einer Kontrolle am Bahnhof Wien-Mitte aufgegriffen wurde, im Stände der Schubhaft abgeschoben werden.

Dieser Fall zeigt, wie schonend und mit welcher Geduld die Fremdenpolizei das Fremdenrecht gegenüber Minderjährigen vollzieht. Leider ist die mediale Darstellung eine völlig andere.

Wenn die Causa B. nun als Symbolfall für „Papierlose“ dargestellt wird, kann ich dem nur zustimmen. Es hat in der Tat Symbolcharakter, ob man die Einhaltung österreichischer Gesetze bevorzugt oder versucht, ein vorsätzlich rechtswidriges Verhalten durch Verstreichen von Zeit zu einem rechtmäßigen werden zu lassen.

Dr. Willfried Kovarnik ist Leiter der Abteilung IV der Bundespolizeidirektion Wien, zu der auch das Fremdenpolizeiliche Büro gehört.

ab Jänner 1997 zu hoffen. Obwohl dem Referenten die rechtliche Unmöglichkeit bewußt war, setzte er keine weiteren Verfahrensschritte, sondern informierte B. niederschriftlich, daß er bei Nichterhalt einer Aufenthaltsberechtigung bis Jänner 1997 mit einer Ausweisung rechnen müsse.

Nach einer neuerlichen Ladung und einem neuerlichen Ausreiseauftrag im März 1997 wurde erst im April 1997 die erste Verwaltungsstrafe verhängt. Da es Ziel der immer unter dem Blickwinkel der Humanität agierenden Beamten der Fremdenpolizei ist,

→ Gleichzeitig wurde bei der zuständigen Magistratsabteilung ein Antrag auf Aufenthaltsbewilligung eingebracht. Da B. bzw. sein Vater gegen einen wesentlichen Grundsatz des Europäischen Fremdenrechts, nämlich vor der Einreise die wahren Absichten im Zielland bekanntzugeben, verstoßen hat, konnte dem Antrag natürlich nicht stattgegeben werden.

### Geduldige Behörde

Im Februar 1996 (!) wurde B. das erste Mal zur Fremdenpolizei geladen, es wurde ihm seine Illegalität und die Aussichtslosigkeit weiterer Inlandsanträge nochmals vor Augen geführt und er ersucht, Österreich zu verlassen. Offenbar als Reaktion darauf wurde von dem in der Türkei lebenden Vater die Vormundschaft auf einen in Wien lebenden Onkel übertragen.

Da B. weiterhin vorsätzlich illegal in Wien aufhältig blieb, wurde er im September 1996 neuerlich geladen. B. gab gegenüber dem Beamten an, auf eine Aufenthaltsberechtigung

# „Bosporus Night“ für Baris

Nach Schulabschluss: Jugendlicher im Pyjama abgeschoben

Wien - „Das ist so ungerecht und gemein“, empört sich Julia. Die Jugendlichen um sie herum nicken - kämpferisch, traurig oder wütend.

Sie alle sind wegen Baris da - des Jugendlichen, der vor drei Wochen in die Türkei abgeschoben wurde. Fünf Jahre hatte Baris in Österreich gelebt. Er war mit seinem Onkel, seinem Vormund, als Dreizehnjähriger gekommen. Mit einem Touristenvisum, wie er später erfuhr, als die Probleme begannen: Als er immer wieder einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung stellte, um seinen Aufenthalt zu legalisieren - die Anträge wegen Einreise mit dem Touristenvisum aber abgelehnt wurden. Solange er zur Schule ging, durfte Baris bleiben, mußte hin und wieder Strafe zahlen.

Seit Sommer ist er mit der Schule fertig, er arbeitete bei zwei Jugendprojekten mit - wenn auch nicht angestellt, weil er wegen seines Aufenthaltsstatus keine Arbeitsgenehmigung bekam. Freitag vor zwei Wochen wurde Baris dann nach einer zufälligen Kontrolle in Schubhaft genommen und abgeschoben. Im Pyjama.

„Wir müssen ihm helfen“, sind die Jugendlichen, die bei

verschiedensten Jugendinitiativen engagiert sind und sich wegen Baris zusammengetan haben, entschlossen. Sie verteilen Flugzettel, auf der gegen die Abschiebung „unseres Freundes und Bruders Baris“ protestiert wird - quer durch Wien. Sie sammeln Unterschriften an ihren Schulen. Sie schicken Briefe ans Innenministerium. Sie machen so rührende Vorschläge wie „Kann nicht meine Mutter Baris adoptieren?“ Und sie haben versucht, Innenminister Karl

Schlögl bei einem öffentlichen Internet-Chat darauf anzuregen - „aber die haben dort nur über das Waffengesetz geredet und gar nicht mit uns“.

Und sie veranstalten Freitagabend im „Bach“ eine „Bosporus Night“, die Baris gewidmet ist - und deren Einnahmen ihm in die Türkei geschickt werden sollen. Warum sie das tun? Blöde Frage: „Wir engagieren uns, weil er unser Freund ist. Und wir wollen, daß er wieder bei uns ist.“ (eli) Bach, 20 Uhr

## Schule kämpft um abgeschobenen Fejzi

Friedburg - Fejzi besuchte nicht einmal drei Monate die Hauptschule in Friedburg. Doch der 15jährige Kosovo-Albaner fiel auf. Er habe sich schnell integriert und zeigte einen „beachtenswerten Lerneifer“, sagen die Lehrer. Am 3. Dezember kam er nicht mehr zum Unterricht. Fejzi, seine ältere Schwester und seine Mutter wurden von Gendarmen abgeholt und ins Auffanglager nach Győr abgeschoben. Einen Tag später, am 4. Dezember, hob der Verwaltungsgerichtshof den negativen Bescheid für Familienzusammenführung wegen „Verfahrensverletzung“ auf.

### Jahrelange Wartezeit

Jetzt kämpfen Lehrer und Klassenkameraden von Fejzi darum, daß er wieder zurückkommen kann. Seit Jänner 1994 versucht der Vater, daß seine Familie nach Oberösterreich nachziehen darf. Er selber arbeitet seit sieben Jahren legal dort. Bis einem Antrag auf

Familienzusammenführung stattgegeben wird, dauere es erfahrungsgemäß rund sechs Jahre, weiß SOS-Mitmensch Oberösterreich. Der Antrag von Fejzis Vater wurde bereits von

zwei Instanzen abgelehnt. Er könne mit dem Verdienst nicht die Familie durchfüttern. Diese Begründung hob der Verwaltungsgerichtshof auf. Doch da war die Familie, die 1998 illegal dem Vater nachgereist war, schon in Ungarn.

### Schüler in Győr

Daraufhin entschieden die Mitschüler, Fejzi dort zu besuchen. Für den 22. Dezember kündigte die Gruppe den Besuch in Győr an. Als sie dort ankam, trafen sie ihren ausländischen Freund aber nicht mehr an. Einen Tag zuvor wurde die Familie verlegt, ins 500 Kilometer entfernte Flüchtlingslager nach Nyirbator.

Zurück in Friedburg beschlossen die Schüler und Lehrer, für „politischen Wirbel“ zu sorgen und schrieben an alle Parteien. Mittlerweile hat das Innenministerium bewilligt, daß die Mutter nachziehen kann. Fejzi und die Schwester müssen bleiben, wo sie sind. Denn für die Familienzusammenführung sind sie inzwischen zu alt geworden (gilt bis 14 Jahre). Lehrer und Schüler fordern jetzt „Menschlichkeit vor Recht“ gehen zu lassen. (ker)

STANDARD  
29. I. 99

# Ausländer: Streit um Asylrecht und Generalamnestie für illegale Jugendliche

Sollen illegale Jugendliche mit 18 Jahren ohne Wenn und Aber abgeschoben werden?

Als Bares Keles in Ankara landete, trug der 18jährige nur einen Pyjama und hatte 500 Schilling bei sich. Nachdem er fünf Jahre ohne Visum in Österreich gelebt hatte, läutete eines Morgens die Polizei an seiner Tür, legte ihm Handschellen an und setzte ihn in eine Maschine in die Türkei.

Klaudia M., 22 Jahre ist die Abschiebung bislang wart geblieben. Sie kam 1989 mit ihren Eltern nach Österreich und lebt seither in Wien. 1997 wurde ihr Visum nicht verlängert. Sie zog für einige Zeit in ihr Herkunftsland Jugoslawien, kehrte aber bald nach Österreich zurück. Im Mai erwartet sie ein Kind, hat aber keinen Kontakt mit dem Kindesvater, der sich irgendwo in Jugoslawien aufhält, keinen Kontakt zu ihren Eltern, kein Einkommen und keine Wohnung. Ohne Visum ist Klaudia nicht versichert. Die Ge-

burt des Kindes wird sie in finanzielle Schwierigkeiten stürzen.

Mehr als dreihundert ausländische Jugendliche leben illegal in Österreich. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Als Anfang der neunziger Jahre die strengen Ausländergesetze in Kraft traten, wurden Tausende

in Österreich geborene Jugendliche abgeschoben. Inzwischen wurden die Gesetzespassagen für Jugendliche wieder ein wenig entschärft. Dennoch gilt nach wie vor der Grundsatz: Einmal illegal, immer illegal. Für die Jugendlichen gibt es keine Chance, eine Arbeitsgenehmi-



Vassilakou, Schlögl, Klaudia M. (u.): Die Grünen wollen „schuldlose illegale Jugendliche“ integrieren, der Innenminister nur in Härtefällen „ein Auge zudrücken“.



gung zu bekommen, und ohne diese gibt es wiederum keine Aufenthaltsgenehmigung.

Die Integrations Sprecherin der Wiener Grünen, Maria Vassilakou, verlangt nun eine „Amnestie für die illegalen Kinder und Jugendlichen“. Die Wiener Sozialprojekte „Back on Stage“, „Backbone“ und „Echo“ werden sich mit einer Petition an Innenminister Karl Schlögl wenden, um ebenfalls eine „Amnestie für integrierte, aber schuldlos illegal in Österreich lebende Jugendliche und junge Erwachsene“ zu erreichen.

Innenminister Schlögl will zwar bei besonders tragischen Einzelfällen „ein Auge zudrücken“, einer generellen Amnestie stehen die Beamten im Innenministerium aber negativ gegenüber. Eine Legalisierungskampagne, wie sie in Ländern wie Frankreich, Portugal, Spanien und Italien gelaufen ist oder gerade läuft, hätte Signalwirkung. Die Folge wäre ein weiterer Anstieg der Zahl illegaler Grenzgänger.

Vassilakou hält dem entgegen, daß „Härtefälle, die durch das alte Aufenthaltsgesetz verursacht worden sind, generell amnestiert gehören“.

Das wird ein Wunschtraum bleiben, denn Schlögl signalisiert weiterhin Härte,

und zwar generell: Vergangenen Freitag forderte der Innenminister in einem Interview mit der „Presse“ eine „generelle Schubhaft für bestimmte Nationalitäten“. Asylwerber, die etwa aus Rumänien stammen, sollen gleich in den Abschiebearrest verbannt werden – noch bevor das Asylverfahren abgeschlossen ist. Schlögl: „Gerade bei einem männlichen Asylwerber zwischen dem 18. und 35. Lebensjahr ist die Gefahr sehr groß, daß er während seines Asylverfahrens untertaucht, wenn nicht eine Schubhaft ausgesprochen wird.“ Pech für den Minister: Der Vorschlag verstößt gegen die Menschenrechte.

— THOMAS SEIFERT

FORMAT 5/99



# Heim aus dem Nichts?

**AUSLÄNDER** Noch sitzt Baris Keles in der Türkei. Das könnte sich nun ändern. Nach Protesten von Jugendarbeitern will der Innenminister nun „humanitäre Lösungen“ für illegale Jugendliche in Österreich finden. PATRIK VOLF

Die Töne aus dem Innenministerium waren ungewohnt konziliant. Dabei hatte Karl Schlögl in den letzten Tagen nicht mit harten Worten zu Ausländerthemen gespart. Am Montag, nach einem Gespräch mit Vertretern der Jugendbetreuer von „echo“ und „Back on stage“ war plötzlich alles anders. Schlögl redete von „humanitären Lösungen“ und „wohlwollenden Prüfungen“. Der Grund dafür: Die Jugendprojekte „echo“ und

„Back on stage“ hatten Schlögl 40 Fälle von ausländischen Jugendlichen vorgelegt, die ohne eigenes Verschulden entweder illegal in Österreich leben müssen oder bereits abgeschoben wurden. Ganz obenauf lag der Fall des jungen türkischen Kurden Baris Keles, der im Jänner nach sechs Jahren in Österreich

im Alter von 18 Jahren in die Türkei abgeschoben worden war (*Falter* 5/99). Schlögl lenkte ein. Sollte Baris neuerlich einen Antrag auf Aufenthaltsbewilligung stellen, werde man diesen „wohlwollend prüfen“, erklärte der Innenminister gegenüber dem *Falter*. Von einer „Generalamnestie“ für illegal in Österreich lebende Jugendliche wollte Schlögl nichts wissen, dennoch machte er weitreichende Zugeständnisse. Er sagte zu, für all jene Jugendli-

chen, die vor 1999 durch widrige Umstände (z.B. Versäumnisse der Eltern) zu U-Booten wurden, eine „humanitäre Lösung“ zu finden. Die Möglichkeit dazu bietet, so Schlögl, das Fremden-gesetz, wo explizit vorgesehen ist, daß bei einem gewissen Maß an Integration in Österreich kein Aufenthaltsverbot erteilt werden solle. Zuständig sei jedoch nicht primär er, Schlögl, sondern die Stadt Wien, das heißt Integrations-

stadträtin Renate Brauner. Im Rathaus stellt man sich jedoch auf den Standpunkt, daß es zuerst eine Beschäftigungsbewilligung für Baris Keles braucht. Für eine solche ist jedoch nicht Brauner, sondern Sozialministerin Lore Hostasch zuständig. Der Ball wird also noch weiter gespielt. Bülent Oztoplu, Leiter des Jugendprojekts

„echo“, sieht das Weiterreichen des Falls Baris Keles mit gemischten Gefühlen. „Für uns ist es erst einmal das wichtigste, daß Baris nach Wien zurückkann. Als Symbol für alle papierlosen Jugendlichen in dieser Stadt, daß es für sie eine Lösung gibt.“ Locker lassen werden die Jugendarbeiter auf keinen Fall. Die Zahl der betroffenen Jugendlichen liege jenseits der hundert, meint Oztoplu. Das leugnet auch der Innenminister nicht.



Ist Baris Keles bald wieder in Wien?

Foto: P. Wolf

FALTER 6/99



## WIENZEUG

**Parkgaragenbefragung** Selbes Thema, anderer Bezirk: Nachdem vor wenigen Wochen in Mariahilf die Bezirksbewohner über die Errichtung einer Garage unter einem Park abstimmen durften und die Garage eindeutig ablehnten, ist jetzt Währing an der Reihe (der *Falter* berichtete). Unter dem Schubertpark soll eine Garage errichtet werden. Dieser müßten 36 Bäume weichen. Die Befürworter des Garagenprojekts argumentieren, daß die Parkplatznot im parkpikierlosen 18. Bezirk so groß sei, daß einzig eine Tiefgarage den akuten Stellplatzbedarf bei Anrainern und Betrieben decken könne. Die Projektgegner halten dagegen, daß Garagen Verkehrsprobleme nicht lösen, sondern – im Gegenteil – nur mehr Verkehr anziehen. Daß die Wiener Umwelthanwaltschaft seit Jahren predigt, daß „Grünanlagen der denkbar schlechteste Ort für Tiefgaragen“ seien und auch die Kinder- und Jugendanwälte auf die Platzbedürfnisse von nicht autofahrenden Stadtbewohnern verweisen, hat auf Währinger Kommunalpolitiker bisher ebensowenig Eindruck gemacht wie zuvor auf ihre Mariahilfer Kollegen. Ob die Währinger Bürger der Garagenbaufreude ihrer Bezirksvertretung ebenso kritisch gegenüberstehen wie die Mariahilfer, wird Anfang Juni eine Bürgerbefragung zeigen.

**Papierlose Jugendliche:** „Kein Mensch ist illegal“ ist derzeit eines der geläufigsten Mottos der österreichischen Migrantenbetreuerszene. Daß gerade Jugendliche oft schuldlos zu U-Booten werden können, haben Fälle der jüngsten Vergangenheit oft und hinlänglich



dokumentiert. Baris Keles, der vom *Falter* ausführlich porträtierte und schließlich nach Österreich heimgekehrte Wiener mit türkischem Paß, ist nur die – positiv abgeschlossene – Spitze des Eisbergs. Am Mittwoch, den 26. Mai, laden daher die mit papierlosen Jugendlichen befaßten Betreuungorganisationen zur Podiumsdiskussion zum Thema „Papierlos in Österreich“. Es diskutieren Vertreter des Innenministeriums, der Stadtregierung, des Integrationsfonds sowie Betreuer von illegalen Kids.

*Podiumsdiskussion „Papierlos in Österreich“, 26.5., 19 Uhr, Interkulttheater, 6., Filigrädergasse 16.*

**Y2K-Bug** Die Frage, ob der Millenniumsbug auch in Wien Teile der öffentlichen Infrastruktur lahmlegen wird, kann die Stadt mit einem eindeutigen „Jein“ beantworten: So geben der Krankenanstaltenverbund etwa 100, die Wiener Stadtwerke rund 20 Millionen Schilling zur Beseitigung etwaiger durch die Jahrtausendumstellung befürchteter Computerpannen aus, absolute Sicherheit könne aber niemand garantieren: Die Stadtwerke werden eine Katastrophenleitzentrale einrichten. Busse und Straßenbahnen sollten klaglos funktionieren – aus Sicherheitsgründen: überlegt man aber, die U-Bahnen in der „kritischen“ Zeit um Mitternacht in den Stationen zu parken.

## LETZTE WORTE

„Ich würde ihn umbringen.“

**Edith Klinger droht im „täglich Alles“-Interview mit strafbaren Konsequenzen für Menschen, die Hunde treten.**

⊗ „Wir haben das erste Mal Baldriantropfen verteilen müssen“, lachte **Ani Gülgün**, eine der guten Seelen bei **Echo** – und verschwand, um hinter der Metropol-Bühne nervösen Jugendlichen Mut zu machen. Die, die Kids von Echo nämlich, hatten zum bereits traditionellen Echo-Abend geladen, an dem die Echos einerseits sich präsentieren, andererseits den **Osman** – ihren Oskar für Lobbyarbeit pro Next Generation – verleihen. **Gerhard Hader** bekam keinen – er stand als Stargast auf der Bühne. **Osman** gingen dafür an **Eva Linsinger** vom *Standard*, **Friedrich Schalamon** vom Club Bassena im Stuwerviertel und an den **Verein für Papierlose Jugendliche**.

FALTER 2/99



⊗ Zwei Statements: **B. Keles**, der Symbolfall für papierlose Jugendliche, singt am Echo-Abend. Integrations- und Jugendpolitiker glänzen durch Abwesenheit

FALTER 20/99

# Auf der Wiener Bühne

**AUSLÄNDER** *Baris Keles ist wieder in Wien. Nach heftigen Interventionen konnte der 18jährige abgeschobene Kurde zurückkehren. Beim Flüchtlingsball stand er gleich als Ehrenschilder auf der Bühne.* PATRIK VOLF

**S**akko und Krawatte ist Baris Keles nicht gewohnt und auch mit der Ansprache auf der Bühne des Wiener Flüchtlingsballs im Rathaus tut er sich schwer. Seitdem er am Mittwoch mit einem Sondervisum wieder nach Wien zurückkehren durfte, reißt das Interesse an ihm nicht mehr ab: Ehrenschilder beim Flüchtlingsball, zusammen mit Bürgermeister Michael Häupl und Integrationsstadträtin Renate Brauner, ein Interview hier, ein Statement da. Jeder will den 18jährigen Kurden, der im Jänner – nach sechs Jahren – als U-Boot in Wien – in die Türkei abgeschoben worden war. (Der Falter berichtete.) „Die Politiker haben die Rückkehr von Baris ermöglicht“, stellt Bülent Öztöplü vom Jugendprojekt „echo“ zufrieden fest. Aber ausgestanden ist die Angelegenheit noch nicht. Die Aufenthaltsgenehmigung für Baris Keles ist befristet; Arbeitsgenehmigung gibt es noch keine. „Aber es ist zumindest ein erster Schritt. Baris ist immerhin der erste illegale Jugendliche, der wieder zurückgeholt wurde“, so Öztöplü.

Dutzende andere illegale Jugendliche warten noch auf die Lösung ihrer Fälle. Derzeit wird zwischen der Behörde und den Jugendbetreuern

von Backbone und Back on Stage verhandelt. Über 50 Fälle von unschuldig illegal gewordenen ausländischen Jugendlichen haben die Betreuer bereits dokumentiert. Bei der eigens eingerichteten Hotline (0676/566 49 69) melden sich pro Tag fünf „neue“ U-Boote. Derzeit vor allem Jugendliche serbischer Herkunft. Lediglich zwei Fälle wurden vom Innenministerium bis jetzt positiv erledigt. In Wien haben sich mittlerweile Aufenthaltsbehörde,



Baris Keles als Ehrenschilder des Wiener Flüchtlingsballs

Fremdenpolizei, das Arbeitsmarktservice und das Integrationsressort zu Gesprächen zusammengefunden, um mit den Jugendbetreuern Lösungen zu suchen. „Es ist kein Grund zum Jubeln, aber es geht in eine positive Richtung“, ist Tanja Wehsely von Backbone ebenso vorsichtig wie Senol Akilic von Back on Stage:

„Wir sind gespannt, was herauskommt.“ Derzeit versuchen Innen- und Sozialressort die Fälle innerhalb der Aufenthaltsquote zu lösen. Damit würden jedoch andere Ausländer, die auf einen Quotenplatz warten, durch jeden Sanierungsfall verdrängt. „Das wollen wir nicht“, so Akilic. „Die Illegalen sollen außerhalb der Quote legalisiert werden.“ Für diese Woche sind weitere Gespräche geplant.

FALTER 17/99

die neue spö: ready to chat!

~~karl schlögl live im net~~

alles,  
was sie  
immer  
schon  
fragen  
wollten!  
chatten  
sie mit!

# schlögl chat!

montag

18. jänner 1999

19.00 - 20.30 uhr

<http://www.spoe.at/noe>

NEWS  
2/99

Von Jugendlichen, die integriert, aber illegal in Wien leben

# PAPIERE FÜR DIE PAPIERLOSEN!



Papierlose Angelika, Jugendarbeiter Senol

Als 13jähriger kam Baris K. aus der Türkei nach Österreich - mit seinem Onkel, der ihn adoptiert hatte, weil die Eltern Baris nicht mehr ernähren konnten. In Wien ging er zur Schule. Den letzten Jahreswechsel erlebte er, inzwischen voll integriert und 18 Jahre alt, noch in Wien. Integriert, aber illegal, wie hunderte jugendliche der „zweiten Generation“ in Österreich. Wie jene, die gleich Baris mit ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten per Touristenvisum nach Österreich einreisen und dieses Touristenvisum vergeblich in eine normale Aufenthaltsberechtigung umzuwandeln versuchten. Am 8. Jänner dieses Jahres wurde Baris K. zufällig auf der Straße kontrolliert. Er konnte kein Visum vorweisen. Eine Woche lang wurde er - wie ein Verbrecher - in Schubhaft genommen. Am 15. Jänner wurde er nach Istanbul abgeschoben - in eine fremde Stadt.

Noch hofft Angelika, diesem Schicksal entinnen zu können. Sie würde nicht nach Istanbul, sondern nach Belgrad abgeschoben werden. Angelika wuchs in der jugoslawischen Hauptstadt im Kinderheim und bei Pflegeeltern auf. Diese nahmen sie mit nach Wien, als sie zwölf Jahre alt war.

Auch Angelika erfüllte hier ihre Schulpflicht. Weil es mit den Pflegeeltern ständig Konflikte gab, lebte sie bis zu ihrer Volljährigkeit in Wiener Heimen. Heute ist sie in einem Wohnheim der Caritas für obdachlose Frauen untergebracht. Seit einem Jahr verfügt sie über keine Aufenthaltsgenehmigung mehr. Für die Verlängerung bräuchte sie eine legale Arbeit - aber das Arbeitsamt verlangt, um die Beschäftigungsbewilligung zu gewähren, ein Visum: Angelikas Teufelskreis. Außerdem fehlt ihr „ein jugoslawischer Zettel“, an den sie offensichtlich (wegen der verworrenen familiären Verhältnisse ihrer Belgrader Kindheit) schwer herankommt: ein aktueller Nachweis ihrer jugoslawischen Staatsbürgerschaft.

Auch Angelika ist Wienerin geworden. Hier hat sie Freunde, mit deren Hilfe sie überleben kann, solange sie keine Arbeit hat. Würde man sie nach Belgrad abschieben, wüßte sie nicht, an wen sie sich dort wenden sollte. Die leiblichen Eltern sind ihr unbekannt.

„Wir kennen an die 40 jugendliche persönlich, auf die diese Problematik zutrifft“, sagt Senol Akkili. „Wir“, das sind die Mitarbeiterinnen von Back on Stage, Back

Bone oder Echo - Einrichtungen der sogenannten mobilen Jugendarbeit in Wien. Senol ist im Back on Stage 5-Lokal in der Strohbachgasse, gegenüber dem Margaretnerbad, anzutreffen. „Ich kenne zwei Burschen, die kürzlich 'freiwillig' nach Jugoslawien - in ein für sie völlig fremd gewordenes Land - zurückgegangen sind, weil sie diese Situation in Wien nicht mehr ausgehalten haben. Stell dir vor: Du bist hier in die Schule gegangen, Wien ist für dich zur Heimatstadt geworden, dann wirst du irgendwo kontrolliert und landest in der Schubhaft. Man kann dich jederzeit abschieben, obwohl man dich vorher in die Schule hat gehen lassen. Du mußt ständig auf der Hut vor einer Kontrolle sein, du darfst nicht legal arbeiten, aber um zu überleben, darfst du auch nicht straffällig werden, denn mit einer Vorstrafe hast du kaum noch Chancen auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Aber als illegaler wirst du in die Kriminalität abgedrängt - oder, wenn du Mädchen bist, in die Prostitution: du arbeitest schwarz in einer Bar, und bald hat der Chef Dinge mit dir vor...“

Für die Wiener „Fremdenbürokratie“ ist es ein Erfolg, wenn jugendliche zermüht aufgeben

und von selbst in ihr Herkunftsland zurückgehen. Aus humanitärer Sicht ist es eine Vertreibung: Die jugendlichen sind hier und nirgends sonst integriert, sie haben (trotz fehlender Aufenthaltsberechtigung) ihre Schulausbildung in deutscher Sprache genossen, die Voraussetzungen für einen Berufseinstieg sind auch deshalb nirgendwo besser als hier. Abschub wäre Entwurzelung.

Die MitarbeiterInnen der mobilen Jugendarbeit haben nun eine Kampagne für jene jugendlichen gestartet, die - obwohl sie in Österreich integriert sind - ohne Aufenthaltsberechtigung bzw. ohne Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt leben.

„Jugendliche sind an dieser Situation meist schuldlos“, heißt es in der Petition. „Oftmals verfügen sie aufgrund der Versäumnisse der Erziehungsberechtigten nicht über die notwendigen Genehmigungen. Ohne Aufenthaltsberechtigung und Arbeitsbewilligung sind sie schuldlos vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie haben kaum Chancen, eine adäquate Ausbildung zu absolvieren. Zudem leben sie in ständiger Angst, Österreich verlassen zu müssen und von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld getrennt zu werden. Die jugendlichen werden durch die jahrelange Ungewißheit zermüht und ihre Alternativen, das für das Überleben notwendige Geld zu beschaffen, sind kaum legaler Natur.“

Die JugendarbeiterInnen fordern eine Amnestie für integrierte, aber schuldlos in Österreich lebende jugendliche und junge Erwachsene. „Seit Ende November bemühen wir uns um einen Termin beim Innenminister, um mit ihm über humanitäre Lösungsmöglichkeiten zu sprechen“, sagt Senol Akkili. Eine Antwort haben sie bisher nicht erhalten. □



Wir müssen das Leben hier aushalten, sagt die Mutter von Baris. Wenn sie etwas sagt und nicht nur stumm da sitzt. Fotos: Linsinger

**Er war österreichischer Meister mit der Schülerliga, er spricht perfekt Wienerisch. Vor drei Wochen aber, da passierte in der U-Bahn-Station Landstraße der Anfang vom Ende seines Lebens in Wien: Mit 13 ist er gekommen, mit 18 wurde Baris Keles in ein Dorf in der Türkei abgeschoben.**

**Eva Linsinger hat ihn besucht.**



Für seinen Vater sei er die einzige Hoffnung gewesen, sagt Baris. Und meint das durchaus materiell. Er hat ihm immer Geld geschickt.

# Mahmutlu - Endstation Hoffnung

Baris sitzt da und schaut in die Luft. Viel mehr gibt es auch nicht zu tun. Nicht in der Wohnung, die Baris und seine Familie nur zur Hälfte benutzen dürfen, weil ein Zimmer für die Besitzerin abgesperrt ist, die einmal im Jahr aus Deutschland kommt. Nicht in Yerköy, der kleinen Stadt, grau und sinnlos ins Nichts gehaut. Zerbröckelnde Häuser für 26.000 Einwohner, schmutzige Straßen, ein Bushaltestelle aus „Es ist schiach da, oder“, sagt Baris, und das ist keine Frage, sondern eine Feststellung.

Seit zwei Wochen, seit er aus Wien abgeschoben wurde, ist er in Yerköy, drei Stunden von Ankara entfernt. Er hat eine Garnitur Gewand da und keine Freunde. Lebt er doch erstmals in seinem Leben hier. Nachdem er nach Wien übersiedelt ist, vor fünf Jahren, haben seine Eltern ihr Dorf, Mahmutlu, verlassen und sich in Yerköy eingemietet. Weil dort Baris' Brüder, 13 und 17 Jahre, Jobs fanden, wenn auch schlechte: Sie arbeiten um 500 Schilling (38 €) pro Monat in der Autowerkstatt.

Nach Mahmutlu fährt man eigentlich nicht, wozu auch. Wenn man fahren will, geht man nicht zur Bushaltestelle - der Buschauffeur holt einen von zuhause ab. Auf Mitpassagiere braucht er keine Rücksicht nehmen, die gibt es nicht. Wer will schon nach Mahmutlu, 30 Minuten lang auf der Schlammstraße. In das Dorf am Ende des Tales, an beide Seiten des Berges gekläht. Früher haben 70 Familien, vor allem Kurden, hier gelebt, heute sind es 30. Der Boden hat sie nicht mehr ernährt, und Bauer ist der einzige Beruf, den man hier ergreifen kann. Viele der kleinen Lehm- und Steinhäuser stehen leer, wenn sollte man sie auch vermieten oder verkaufen. Die gelbe Schule, ein- oder die wenigen Farbflecken im Dorf, ist zugesperrt.

## Neun Monate schlafen

„Es gibt keine Arbeit“, sagt Fatik, der 35 sein könnte oder auch 50. „Hier kann man nur neun Monate schlafen und drei Monate arbeiten.“ Im Spätsommer, in der Erntezeit, Fatik ist weggegangen, in die Niederlande, um zu arbeiten, kommt nur auf Urlaub ins Dorf. Wie er machen es viele. Kein Wunder, daß Baris Va-



Mahmutlu, ein kleines Dorf am Ende des Tales. Baris hat hier einen Teil seiner Kindheit verbracht. Heute stehen viele der Häuser leer, die Leute sind weggezogen, die Schule ist zugesperrt.

ter und Onkel Weihnachten vor sechs Jahren auf die Idee kamen, Baris mit dem Onkel aus Mahmutlu nach Österreich zu schicken. Auf daß er Geld verdienen und nach Hause schicken. Die Familie kann es brauchen: Ist der Vater doch einer von denen, die für nicht länger als drei Monate pro Jahr Arbeit finden - als Erntehelfer, als Nähdressierfahrer.

## Illegal bleibt illegal

Baris wurde nicht weiter gefragt. Die Meinung eines Zwölfjährigen zählt nicht viel, wenn man ihn schwer ernähren kann. Die Oberhäupter der Familie beschlossen, den Bubel wegzuschicken, der Onkel wurde sein Vormund und nahm Baris mit nach Wien - mit einem Touristeneisum. Das hat Baris aber erst später bemerkt, als die Probleme angingen. Als er wieder und immer wieder Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung stellte, um sein Bleiben in Wien zu legalisieren, der Antrag aber immer abgelehnt wurde - in allen Instanzen. Eben weil er mit dem Touristeneisum eingereist war. Einmal illegal, immer illegal.

Dennoch durfte er in Wien zur Schule gehen. „Da war ich gern“, erzählt er, und auf ein-

mal beginnen seine Augen zu lachen. Die Schule hat ihm Spaß gemacht, ihm Normalität vorgegaukelt und ihm ein anderes Leben gezeigt. Baris hat in Wien gelebt, sein Onkel nur gearbeitet. Der Onkel, seit 14 Jahren in Österreich, spricht nicht einmal gebrochen Deutsch - nur die paar Wörter, die man am Bau braucht.

Baris spricht perfekt Wienerisch - hat er doch die rein türkische Subkultur im Gegensatz zum Onkel bald verlassen. Durch die Schule, durch die Schülerliga, mit der er österreichischer Meister geworden ist, durch seine österreichischen Freunde.

Leben zwischen zwei Welten und andere Umschreibungen, die man gern für den Zwiespalt der Zuwandererkinder gebraucht, das war nie Baris' Problem. Er hat in einer Welt gelebt, mit seinen Freunden, mit seiner Freundin, einer Dolmetschstudentin, mit dem SK-Brightenan, mit dem

Jugendkeller bei der Kirche in Stammersdorf, den er mitaufgebaut hat, mit der Musik, die er dort gemacht und gehört hat, mit dem Fortgehen.

Erst jetzt, in der Türkei, lebt er in der anderen Welt - und sie gefällt ihm nicht. Zu Wien fallen ihm „viele Sachen“, wie er sagt, ein. Sachen die Spaß machen, und Menschen, die ihm wichtig sind. In Yerköy ist ihm nur eines wichtig: das Telefon.



Es steht bei seiner Tante, und Baris geht jeden Abend zu ihr und wartet, ob jemand anruft. Aus Wien, von daheim.

Hüeni (Zötoplü) rurt manchmal an, der Leiter von „Echo“, des Vereines für Jugendliche der zweiten Generation. Er erzählt Baris, was seine Freunde, Julia und die anderen, für ihn in Wien unternahmen: Unterschriften sammeln in der Schule, „Fluozetteaktionen“, eine „Bosphorus Night“, die sie ihm widmen, die HipHop-CD, die sie für ihn machen. „Das ist unüblich - normalerweise

wird vergessen, wer abgeschoben wird“, sagt Hüeni. Julia und die anderen Jugendlichen wollen Baris nicht vergessen: Weil er ihr Freund ist, weil sie es „total ungerecht“ finden, was ihm passiert ist.

In der U-Bahnstation Landstraße, da ist es vor drei Wochen passiert, da sind seine Träume zerbrochen. Plötzlich stand, aus dem Nirgendwo, ein Polizist vor ihm. Ausweiskontrolle, Paßkontrolle, Schubhaft. Als er noch Schüler war, da hat er immer wieder Strafe zahlen müssen für den Aufenthaltsstatus, diesmal ging das nicht. Eine Woche später im Pyrama zum Flughafen, Ankara, Yerköy.

## Neben dem Tuegias

Baris hat versucht, seinem Vater zu erklären, warum er wieder da ist. Wirklich gelungen ist das nicht. „Ich war die einzige Hoffnung für meinen Vater“, sagt er, und meint das durchaus materiell. Für große Gelüste ist zuwenig Platz in der Wohnung, wo Baris' Paß auf dem kleinen Tisch neben den drei anderen Wertgegenständen steht: den Tuegias, der kaputt ist, und dem Fernseher mit dem wackeligen Bild.

Baris wurde kein Einreise-

verbot in den Paß gestempelt. Das ist der Anker, an den er sich klammert: Die Hoffnung, zurück zu dürfen. Eine Ausbildung zu machen, Arbeit zu suchen, legal. Vorher blieb ihm nur der Schwarzmarkt: Ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitsgenehmigung und umgekehrt. Baris hat beim türkischen Fleischer gearbeitet, um 1500 Schilling (109 €) pro Woche. Die Hälfte hat er heimgeschickt. Das stand außer Frage: „Ich bin der aus der Familie, der es verstehen will.“

Der Vater, der hat es mit ein bisschen versucht - und deshalb gibt es manchmal Streit mit Baris: „Ich sage ihm, was für ein Leben ist das hier. Warum hast du nicht versucht, etwas Besseres zu erreichen.“ Seine Mutter schaut dann nur traurig und sagt: „Wir müssen das aushalten.“

Baris will es nicht aushalten im zurückgebliebenen Leben ohne Zukunft. Langsam sicken das Unfaßbare ins Bewußtsein. Aber Baris wehrt sich dagegen: will sich nicht vorstellen, daß er sein Leben hier verbringen muß. Will sich nicht überlegen, was er hier tun könnte. Viel zu tun gäbe es ohnehin nicht.

## Zumindest 40 „Fälle“

Baris ist kein Einzelfall. Mindestens 40 „Fälle“ von Jugendlichen, die ohne eigene Schuld illegal in Wien leben, können Jugendarbeiter aufzählen. Baris ist zum „Symbolfall“ für die Sozialarbeiter geworden, für die Forderung, diese Jugendlichen zu amnestieren. Das Innenministerium steht einer Legalisierungsaktion nach dem Vorbild Frankreichs oder Italiens skeptisch bis negativ gegenüber: Das könne Signalwirkung haben und die Zahl illegaler Grenzgänger erhöhen.

Das versteht Sozialarbeiter Özgüplü auch irgendwie. Nur: „Wie sollen wir Jugendarbeit machen, Jugendliche integrieren, wenn ein Jugendlicher, wie Baris, der integriert ist, abgeschoben wird?“ Daher wünscht er sich vom Innenminister, daß Baris zurückkommen darf. „Wir wollen ein Geschenk für die Integration.“

Und Baris hört darauf, jeden Tag, wenn er vor den Tuegias sitzt und wartet, daß er dieses Geschenk bekommt. Und Mahmutlu nicht zur Endstation seiner Hoffnung wird.



Cevat Savran – ein U-Boot in der Stadt, in der er aufgewachsen ist: „Ich will nicht mehr weglafen. Das ist kein Leben“ / Foto: Christian Fischer

## „Ich bin ein halber Mensch“

**MIENSCHENRECHTE** In Österreich aufgewachsene Jugendliche mit fremdem Paß wurden bis vor kurzem deportiert, wenn sie straffällig geworden waren. Obwohl Gesetze dies mittlerweile verbieten, wird es weiter versucht. THOMAS ROTTENBERG

Cevat ist 30. Manchmal auch 35. Sagt er. Dann lächelt er verlegen. „Auf jeden Fall bin ich nicht 21. Ich habe zuviel erlebt. Wenn meine Freunde erzählen, was sie für Probleme haben – Führerschein nicht geschafft, Freundin weg, Miete zu hoch – denke ich mir: Eure Sorgen will ich haben.“ Trotzdem lacht und albert er mit. Obwohl ihm selten nach Lachen zumute ist. „Das ist nicht echt.“ Denn mit vor Angst zgedrückter Kehle fällt das schwer. Und an das Herzflattern beim Anblick eines jeden Polizisten gewöhnt man sich auch nie. Oder an die Panik, wenn der Mann am Nachbartisch im Lokal zum zweiten Mal herüberschaut und zum Handy greift. Sogar nach drei Jahren als U-Boot in Wien. In jener Stadt, in der man aufgewachsen und zur Schule gegangen ist. Wo man eine Lehre begonnen und jahrelang gearbeitet hat. In der die Eltern und Geschwister, alle Freunde und Kollegen leben. „Die Angst kann dir den Verstand rauben“, sagt Cevat – und sieht dann wirklich

älter aus, als er ist. Wenn draußen Folgetonhorn und Blaulicht auftauchen, entspannt sich der ansonsten so locker auftretende junge Mann erst, wenn das Einsatzfahrzeug drei Ecken weiter ist. „Lange halte ich das nicht mehr aus“, sagt Cevat. „das ist kein Leben. Irgend etwas muß geschehen. Sonst drehe ich durch.“

### Was zuvor geschah

Frei atmen kann der 21jährige mit dem nervösen Blick schon lange nicht mehr. Am 16. Jänner 1994 („es war ein Sonntag, das werde ich nie vergessen“) standen plötzlich zwei Fremdenpolizisten in der Wohnung seiner Eltern in Margareten. Sie legten dem Buben, der einen Monat zuvor 16 Jahre alt geworden war, Handschellen an und nahmen ihn in Schubhaft. Wenige Tage später wurde er abgeschoben. In die Türkei, in das Land, das die österreichischen Behörden für seine Heimat hielten. Weil Cevat Savrans Anwesenheit angeblich Ruhe, Ordnung

und Sicherheit Österreichs gefährdete. Cevat sprach damals nur gebrochen Türkisch. In dem kleinen Nest mit dem bezeichnenden Namen Deniz Koyü („Dorf am Meer“ – weil es dort nicht mehr gibt, was zur Namengebung taugen würde) lebte nur die Urgroßmutter. Alle anderen Verwandten waren, wie der Rest der arbeitsfähigen Bewohner der Ansammlung von armseligen Häusern an der Küste des Schwarzen Meeres, schon vor Jahrzehnten über die Sandstraße in Richtung Istanbul aufgebrochen. Um von dort nach Europa zu gehen. Gastarbeiterschicksale.

Damals, 1994, brauchte Cevat mehrere Tage, um von Istanbul in den „Heimat“-Ort zu finden. Für das Kind aus Wien war das Kaff, in dem der Strom zweimal am Tag ausfiel, „ein anderer Stern. Ich war doch nur drei-, viermal in den Ferien hier gewesen.“ Die Schnittwunden, die sich der minderjährige Deportierte in einem halbherzigen Selbstmordversuch zufügte, gingen die österreichischen Behörden nichts an.

### Der böse Bub

Cevat war kein Braver gewesen: Das Strafregister verzeichnet eine Verurteilung wegen Raubes und eine wegen Drogenhandels. Grund genug, die Abschiebungsmaschinerie anzuwerfen. Obwohl das Jugendgericht den Missetäter stets als relativ harmlosen Mitläufer einer jener Gruppen von Kids bezeichnete, die damals, zu Beginn der neunziger Jahre, als „Jugendbanden“ geführt wurden. Die mediale Hysterie war groß, eine eigene Polizeitruppe wurde gegründet – und am Jugendgerichtshof wird seither ebenjene Einheit als Beispiel dafür angeführt, daß jede Organisation danach trachtet, sich selbst zu beschäftigen, um die eigene Existenz zu rechtfertigen: Plötzlich belegte jedes Delikt, bei dem mehr als zwei Kinder anwesend waren, die Existenz von „Gangs“. Das verlangt hartes Durchgreifen, um der scheinbar ausufernden Szene Herr zu werden.

Das Jugendgericht sah in Cevat dennoch keine Gefahr: Sollte er seine Lehre fertigmachen, würde ihm die Haft erlassen, stand im Urteil. Und sein Bewährungshelfer, Andreas Suer, stellte fest, daß Cevat „einer der wenigen Hoffnungskandidaten war, um die ich mir nie Sorgen gemacht habe“. Abgeschoben wurde er trotzdem. Weil sich die Deportationsbehörde nicht nach der tatsächlich verhängten, sondern der theoretisch möglichen





Baris Keles, aus Österreich abgeschoben, auf dem Hügel über seinem Geburtsort Mahmutlu in Zentralanatolien: „Über alles andere als eine Rückkehr nach Wien denke ich gar nicht nach. Hier in der Türkei ist alles für mich fremd“ / Fotos: P. Volf

# Heim ins Nichts

**AUSLÄNDER** Der 18jährige Baris Keles wurde am 15. Jänner 1999 in die Türkei abgeschoben. Nach sechs Jahren Jugend in Wien. Seine „Heimat“ ist ihm fremd geworden. Der „Falter“ besuchte ihn „zu Hause“. PATRIK VOLF / Yerköy, Türkei

„Die Erde, grau und tiefblau, rot und grün, mit ihren schroffen Felsen, Blumen, torkelnden Disteln, den Vögeln und weißen Wolken drehte sich in seinem Kopf, die Einöde um ihn halte in seinen Ohren. Am liebsten wäre er aus ihr ausgebrochen.“

Yasar Kemal, kurdischer Dichter

**D**ichter Zigarettenrauch legt sich auf halber Höhe über das Zimmer. Schweigend sitzen die sechs Männer auf den Pölstern und atmen den Rauch ein, die Augen auf den weiten Kelim am Boden gerichtet. Auf dem Kano-Ofen in der Mitte des Raumes brodelte Tee. Eine Viertelstunde, eine halbe Stunde vergeht. Für einen Moment wird die Ruhe von einem Wortwechsel durchbrochen. Dann bleibt wieder nur das Seufzen des Inhalierens.

„Jeden Abend ist es dasselbe. Sie sitzen so da, sagen nichts und starren vor sich hin. Kein Wort. Da drehst du noch durch.“ Der Blick von Baris Keles schweift anklagend durch die Runde, um dann wieder starr im Nirgendwo hängenzubleiben – auf der Suche nach einem Weg hinaus. Die Menschen im Inneren des kleinen Bauernhauses sind das, was Baris „meine Verwandten“ nennt. Von „Familie“ spricht er selbst nur selten. Draußen vor der Tür liegt eine Stadt, die er seit seinem 12. Lebensjahr nicht mehr gesehen hat.

30.000 Einwohner. Betonplattenbauten. Dazwischen verfallene Bauernhäuser. Drei Moscheen. Yerköy, eine Provinzstadt in Zentralanatolien, drei Autostunden östlich der türkischen Hauptstadt Ankara. Das ist, was jene Beamten, die Baris im Pyjama ins Flugzeug setzten, seine „Heimat“ nannten.

Seit zwei Wochen ist der 18jährige Baris Keles wieder dort, „wo er herkommt“. Auch wenn er dort nie gelebt

**Seit zwei Wochen ist der 18jährige Baris Keles wieder dort, „wo er herkommt“. Auch wenn er dort nie gelebt hat**

hat. Seine Kindheit verbrachte Baris in dem Dorf Mahmutlu, rund eine Autostunde von Yerköy entfernt. Mit 13 wurde er mit einem Touristenvisum nach Österreich zu seinen beiden Onkeln gebracht, die sich dort bereits mehrere Jahre als Saisonarbeiter verdingt hatten. Ob Baris gehen wollte oder nicht, danach fragte damals keiner. Die Verwandten wußten, was für den ältesten Sohn der Keles' gut war. Sie hatten es gemeinsam mit Baris' Vater beschlossen. „Meine beiden Onkel und mein Vater haben gesagt, es ist

besser für mich. Damals hat gerade die Schule in unserem Dorf geschlossen. Ich und zehn andere waren die letzten Schüler.“ Die Schule absolvierte Baris in Wien, erst im fünften, dann im zweiten Bezirk, zuletzt das Polytechnikum in der Treustraße im 20. Bezirk.

In Mahmutlu ist die Schule heute, sechs Jahre nach Baris' Abreise, ebenso eine Ruine wie das angrenzende Wohnhaus des Lehrers. Von den Fenstern sind nur die Gitterstäbe davor

geblieben. Das Dach ist eingebrochen, das Eisentor durchgerostet. Ein Schicksal, das es mit etlichen Häusern im Dorf teilt. Mahmutlu ist, wie zahllose andere kurdische Dörfer Anatoliens, ein Dorf der Auswanderer. „Sie sind alle weggegangen. Von den fünfzig Familien, die hier einmal gelebt haben, sind gerade zwanzig übriggeblieben“, erzählt der Dorfvorsteher.

Mahmutlu ist das Ende. Hier bricht die Staubpiste nach Osten, die sich durch die Steppe zieht, jäh ab. Hinter der Anhöhe über dem Dorf, so sagen

die Bewohner, ist „das Nichts“, eine endlose Hochebene, in der Ferne begrenzt von schneebedeckten Bergen. Der Regen hat die Wege in Morast verwandelt. Weder Felder noch Vieh bringen hier den nötigen Ertrag, um davon leben zu können. Der reichste Mann im Dorf ist Schaffirte und besitzt eine Herde von 200 Schafen, erzählt Baris. Wer sonst in Mahmutlu lebt, hat entweder Familienmitglieder im Ausland, die ihn finanziell unterstützen, oder hat selbst einmal in Deutschland, Holland, Österreich oder sonstwo gearbeitet. Baris' Familie ist nicht anders. Zwei Onkel arbeiten in Österreich am Bau, ein Cousin lebt als Installateur in Holland und hat bereits die Staatsbürgerschaft, wie er stolz anmerkt. Auch Baris' Cousin, der in Ankara Pädagogik studiert, hält es nicht. Er will weg, um sein Doktorat in Westeuropa zu machen.

„Mein Vater“, erzählt Baris, „hat einige Jahre in Deutschland gelebt und gearbeitet. Warum er wieder zurückgekommen ist, weiß ich nicht.“ Wohlstand haben die Jahre als Bauarbeiter keinen gebracht. In Yerköy reichte es der Familie Keles nur für ein kleines Haus, nicht für den Luxus einer Wohnung in einem der Betonbunker. Doch Wohlstand bedeutet heute in diesem Teil Anatoliens nicht viel mehr, als eine Heizung in jedem Raum zu haben. Im Haus der Keles' wird gerade eben das Wohnzimmer von einem einzigen Bullerofen beheizt. Im Winter, wenn Schnee liegt und die Temperaturen auf unter null Grad fallen, dringt Feuchtigkeit in die Wände, Keller gibt es keinen. Das lokale Statussymbol – einen Mähdröschler – konnte man sich ebensowenig leisten. Würde man einen besitzen, so könnte ihn die Familie

anderer fahren. Die der „Kapitalisten“, wie der Vater einwirft.

Um die Familie zu erhalten, werden alle Kräfte aufgebracht. Baris' Brüder, 13 und 17 Jahre alt, müssen für das Einkommen sorgen. Sie arbeiten in einer der Autowerkstätten, die sich am Rande Yerköys zu einer kleinen Siedlung entwickelt haben. „Schau dich um“, meint Baris. „lauter Zehn-, Zwölfjährige, die hier arbeiten. Das ist Wahnsinn.“ In den Baracken verrichten sie alle Arbeiten; die anfallen, und der Caef zögert auch nicht, sie ans Schweißgerät zu setzen. „Das machen sie alles für 150 Schilling in der Woche.“ In einer Stadt, in der mehr als die Hälfte der Menschen ohne Arbeit ist, gilt es schon als Privileg, ein gesichertes Einkommen zu haben – gleichgültig, wés man dafür tut.

Wo es Privilegierte gibt, gibt es Benachteiligte. Die Arbeitslosigkeit hat



Die Bevölkerung in Yerköy noch einmal gespalten – in ihre eine Hälfte Türken und ihre andere Hälfte Kurden. Für Baris' Onkel ist die Sache klar: „Die Kurden bekommen hier gar nichts. Sie bekommen keine Arbeit. Ihre Kinder dürfen kein Gymnasium besuchen. Und wer kurdisch spricht, wird schief angeschaut.“ Die Türken sehen das anders. Für sie sind die Kurden die Parias. „Sie schimpfen in aller Öffentlichkeit auf uns. Sie sagen: wir sind keine Menschen“, schildert Baris seine Erlebnisse. Er, der in Wien nicht unterschieden hat, wer unter seinen Freunden Türke oder Kurde ist, versteht die Welt nicht mehr. „In Wien bin ich mit Türken, Österreichern, Albanern, zusammen, und wir sind Freunde. Aber hier ist alles anders.“

An Yerköy ist jede Entwicklung vorbeigegangen, nur nicht die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise, in der die Türkei steckt. Industrie gibt es keine, und Touristen verirren sich auch nicht in die anatolische Steppe. Niemand scheint sich daran zu erinnern, warum die Stadt eigentlich entstanden ist. „Sie war da, und die Bauern aus den Dörfern der Umgebung sind hingezogen.“ So bekommt man die Geschichte von den Einwohnern erzählt. Yerköy hat offenbar keine Vergangenheit und keine Zukunft, nur Gegenwart. Wie ein Mahnmahl steht die Uhr auf dem Hauptplatz. Der Minutenzeiger ist schon vor langem abgefallen.

Für Baris ist Yerköy schlicht die Hölle. „Es ist alles so staubig, so dreckig, so trostlos.“ Doch die Umgebung, ebenso wie Arbeit oder Zukunft, sind für Baris nachrangig. „Ich muß dauernd an meine Freunde den-

ich nicht von hier.“ Baris vermeidet, auf die Straße zu gehen. Vor allem abends, wenn in den Lokalen um Geld gespielt wird. „Es gibt immer Schlägereien hier. Jeder, den du nur ansiehst, fragt dich schon: Was willst? Hast ein Problem?“ Seine Zeit verbringt er „mit Denken“, wie er sagt. Er ergeht sich in Erinnerungen an seine Freundin in Wien, an die regelmäßigen Ausflüge zum Schwedenplatz, an Basketball-, an Fußballspiele am Wochen-

jekt ecco. Die Gedanken ringen Baris ein Lächeln ab und lassen ihn kurz ins Schwärmen kommen: „Es wäre alles gut, wenn ich nur wieder nach Wien könnte.“ Da schreckt auch der Gedanke daran nicht, daß er mit seinen beiden Onkeln in einer kleinen Wohnung in Stammersdorf wohnen mußte und einen Teil jener 4000 Schilling, die er sich in einer Fleischhauerei erarbeiten mußte, seinem Onkel zur Tilgung eines Kredites überlassen oder zu seinen Eltern schicken mußte. Doch in Wien

Draußen vor der Tür ist für Baris nur „der Staub, der Dreck und das Unbekannte“. Und er wird nicht müde, das zu wiederholen. Yerköy und Umgebung sind für ihn namenlos. Fragt man Baris, was dieser Ort, jene Stadt, ein Fluß oder ein Berg ist, antwortet er genau das, was er sieht: „Das ist ein Dorf. Das ist eine Stadt. Das ist ein Fluß. Und das ist ein Berg.“ Sie alle sind ihm so fremd, wie die Gesichter auf der Straße. In den beiden letzten Wochen seit seiner Ankunft ist Baris kaum außer Haus gegangen. Er liegt auf der Bank und sieht fern. Die allgegenwärtige Satellitenschüssel hält die kleine Illusion aufrecht, nicht ganz aus der Welt zu sein. Über den Bildschirm flimmern neben türkischen Seifenopern in europäischem Ambiente auch Serien-Blockbuster, die überall auf der Welt zu sehen sind. Wenn das Programm auf die allgegenwärtigen türkischen Folkloresendungen wuchtet, ist es auch damit vorbei. Dann pießt es wieder denken oder warten, daß das Telefon klingelt.

Die Welt um ihn herum ist für Baris klein geworden. Die Bezugspunkte sind auf das Haus seiner Eltern, das Dorf Mahmutlu, die Wohnung seines Onkels und das Telefon zusammengeschrunpft. Bei seinen Eltern hält er es nie lange aus. „Immer wieder habe ich Streit mit meinem Vater. Manchmal wegen mir, manchmal wegen ihm. Ich werfe ihm dann vor, daß er damals zurückgegangen ist in die Türkei und sich nicht um die Zukunft von meiner Mutter, meinen Brüdern und mir gekümmert hat.“ Der Traum von einem bescheidenen Wohlstand scheint mit Baris' Abschiebung ebenfalls ausgeträumt, selbst wenn die Geldsendungen der letzten Jahre in Summe nicht einmal 10.000 Schilling ausmachten. Differenzen gibt es auch zwischen Baris und seinem Onkel. Er hatte Baris verheimlicht, daß dessen Touristenvisum bereits seit langer Zeit abgelaufen war. Baris lebte damit illegal in Österreich, und es war nur eine Frage der Zeit, bis er bei einer Polizeikontrolle auffliegen würde.

Offene Worte über die innerfamiliären Krisen findet Baris jedoch kaum. Er deutet sie nur an und betont im gleichen Atemzug, als ob er dazu verpflichtet wäre: „Meine Eltern haben sich über meine Ankunft gefreut, weil sie mich schon vier Jahre nicht gesehen haben.“ Der pflichtbewußte Sohn will keine Schande über die Familie kommen lassen, indem er schlecht über sie spricht. Für sich selbst hat Baris schon längst die Entscheidung getroffen, wo er hingehört. „Über alles andere als die Rückkehr nach Wien denke ich gar nicht nach. Ich denke nur an meine Freunde. Hier in der Türkei ist alles für mich fremd.“

*Baris Keles war im November 1998 von der Polizei bei einer Routinekontrolle aufgegriffen und in Schußhaft genommen worden. Sein Touristenvisum war bereits 1994 abgelaufen. Mehrere Versuche, eine Aufenthaltserlaubnis für ihn zu erhalten, waren gescheitert. Am 15. Jänner 1999 wurde er wegen illegalen Aufenthalts in die Türkei abgeschoben. Ob ein neuerlicher Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis genehmigt wird, ist fraglich.*

